

Wohl kaum ein anderer Bereich wird von der bevorstehenden digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft so massiv erfasst wie der Gesundheitssektor, bieten sich hier doch zahlreiche Gelegenheiten zur flächendeckenden Datenerfassung, die verschiedene Akteure der digitalen Wertschöpfungskette auf den Plan rufen. Als das „Freilegen digitaler Potenziale für Gesundheitswirtschaft und -politik“ bezeichnet es das Konzeptpapier „Digitale Gesundheit 2030“ des Bundesverbands Digitale Wirtschaft, auf das im Wahlprogramm der CDU/CSU explizit Bezug genommen wird. Der gläserne Bürger ist vor allem auch gläserner Patient – und das auch, wenn er gesund ist, denn auch dann liefert er Daten. Dass wir bereits in diesen Transformationsprozess eingetreten sind, merken wir daran, dass die pandemische Lage derzeit benutzt wird, um Bürgern Instrumente der smarten Überwachung wie den Covid-Pass aufzuoktroieren, ein digitales Ausweisdokument, das den Zutritt zu gesellschaftlicher Teilhabe über den öffentlich offenzulegenden Körperstatus regelt. Daneben wird die Einführung der elektronischen Patientenakte als weiterer Baustein in diesem Prozess vorangetrieben. Was bleibt da von Privatsphäre und Schutz der Gesundheitsdaten übrig? Leider sei „Datenschutz kein Super-Grundrecht“, so erfahren wir ebenfalls aus dem Wahlprogramm der Union. Doch auch andere Parteien planen, etwa durch eine „Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung“ und eine „Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheit“ (Grüne) oder eine „Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren“ zwecks einer „schnellen Verfügbarkeit der Patientendaten“ (FDP) die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Da Daten der Rohstoff der Digitalwirtschaft sind, werden im Zuge des Transformationsprozesses die Weichen auf maximale Extraktion und Verwertung derselben gestellt. Hier gilt es die Rechte und die Datenautonomie der Patienten zu schützen und sicherzustellen, dass die Weitergabe sensibler Daten stets informiert und freiwillig erfolgt, ihre Verweigerung hingegen nicht vom Zugang zu Dienstleistungen des Gesundheitswesens und gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt. Wir setzen uns daher für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu diesem Themenkomplex und ein Mitspracherecht der Bürger ein, welches nur auf der Grundlage von transparenter Offenlegung der Prozesse und daran beteiligter Akteure mit ihren jeweiligen wirtschaftlichen Interessen möglich ist.